

Meinungen

Waffenexporte Umsatz darf nicht das wichtigste Kriterium sein.
Christian Brönnimann

Prioritäten falsch gesetzt

Die Schweizer Waffenindustrie jammert über sinkende Umsätze. Nicht nur sind in unserem Land immer weniger Soldaten auszurüsten, auch das internationale Geschäft stockt. Nach einer langen Wachstumsperiode gingen die Exporte letztes Jahr erstmals wieder zurück. Das entspricht dem internationalen Trend: Im Zuge der Wirtschaftskrise sank der Umsatz mit Waffen und militärischen Dienstleistungen 2011 weltweit um fünf Prozent, wie eine Studie des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri ergeben hat.

Dennoch machen die Rüstungsfirmen das Schweizer Exportbewilligungsregime verantwortlich für ihre Probleme. Ohne Lockerung sei ein Teil der über 10 000 Arbeitsplätze gefährdet, sagen sie. Dass wirtschaftsnahe Parlamentarier die Forderung aufnehmen, liegt in der Natur der Sache. Dass nun auch der Bundesrat darauf eingehen will, stimmt hingegen nachdenklich.

Die Regierung beabsichtigt, just jene Bestimmungen der Kriegsmaterialverordnung abzuschwächen, die sie erst vor fünf Jahren als Reaktion auf eine Reihe von heiklen Exportgeschäften hinzugefügt hatte. Auch die parlamentarischen Geschäftsprüfer forderten damals vom Bundesrat, der Menschenrechtslage in Empfängerstaaten ein höheres Gewicht beizumessen.

Nun soll unter anderen die Bestimmung fallen, dass Waffen nicht an Staaten geliefert werden dürfen, die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen. Namentlich nach Saudiarabien und Pakistan wollen die Rüstungsfirmen wieder liefern dürfen. Beide Länder gehören aktuell zu den Top Ten der grössten Waffenimporteure. Und beiden ist gemeinsam, dass sie immer wieder ins Visier von Menschenrechtsorganisationen geraten.

Eigentlich sollte es selbstverständlich sein: Allein aus Rücksicht auf wirtschaftliche Interessen darf die Schweiz ihre selber gesetzten humanitären Standards nicht verwässern. In anderen Branchen, die ebenfalls um Umsätze kämpfen, sagt der Staat zuweilen, ein gewisser Strukturwandel sei unumgänglich. Wenn dies in der Rüstungsindustrie nun anders sein soll, setzt der Bundesrat die Prioritäten offensichtlich falsch.

Tribüne Bern braucht einen kulturpolitischen Hoselupf. Manuel C. Widmer

Kulturdebatte vs. Debattenkultur

Kann uns die Kultur nur teuer sein - oder auch zu teuer? Darf man diese Frage überhaupt stellen - und wenn ja, wann, wo und wem? Ist eine Kulturdebatte unter dem Druck der Sparwut im Kanton überhaupt zulässig - oder sollte sie nur geführt werden, wenn Geld im Überfluss vorhanden ist? Und wer bestimmt Inhalte und Regeln solcher Debatten?

Eigentlich sollte man froh sein: Bern versucht sich in einer Kulturdebatte. Eine Disziplin, in der die Stadt wenig Übung hat, so scheint's. Auslöser ist - oder war - die Renovation des Stadttheaters. Darob hat sich ein Provinztheater in der Berner Polit- und Kultur-etage entbrannt. Es wurde über Vertrauen debattiert, über Bauberichte, über Subventionsbeiträge an Theatersitze und Museumseintritte, über desolaten Finanzlagen und darüber, ob die Mozart-Oper «Apollo und Hyacinth» (KV 38) aufgeführt werden soll und darf, obschon die «Zauberflöte» (KV 620) sicherlich 10-mal mehr zahlende Zuschauerinnen und Zuschauer ins Stadttheater locken würde.

Eitelkeiten und Gehässigkeiten

Und Empörung allenthalben: Empörung darüber, dass liberale Jungspunde sich wagen, Fragen zur Kunsthalle zu stellen. Empörung darüber, dass Geld und Zuschauerzahlen als bestimmendes Moment in einer Kulturdebatte aufgeführt werden. Empörung der Stadt über das umgebende Land, das sich vor seiner kulturpolitischen Verantwortung drücken will - bzw. vom Land über die Stadt, die sich Kultur leistet, die keine sein kann, «weil das doch keiner versteht».

An Experten (-innen), an Eitelkeiten und Gehässigkeit fehlt es der Diskussion kaum. Wohl aber an Kultur. Es wird munter aneinander vorbeidiskutiert. Die einen bezeichnen die Renovation des Stadttheaters als reines Bauvorhaben (was natürlich Quatsch ist), die andern als Gradmesser des Verhältnisses der Stadt zur Kultur (was natürlich ebenso Quatsch ist).

Fazit der letzten Wochen: Der Kultur fehlt es an Debatte. Der Debatte fehlt es an Kultur. Kein Wunder, denn im Debattieren hat Bern leider nicht grosse Übung. Erschwerend kommt hinzu, dass dem Gemeinderat, dessen Aufgabe es wäre, hier endlich den Lead zu

übernehmen und die nötigen Fragen und Weichen zu stellen, offensichtlich der nötige Mut fehlt (wie die Antwort auf die Motion Michel gezeigt hat). Denn es besteht die Gefahr, dass die Diskussion zu einem Ergebnis führen könnte - was die Gefahr beinhaltet, dass sich am (zu lange andauernden) Status quo etwas ändern könnte.

Mit Blick auf das letzte Wochenende heisst das für die Politik, den Kulturkuchen und die interessierten Kreise (Kulturschaffende, Kulturzahlende, Kulturkritisierende, Politikerinnen und Politiker, Feuilleton- und Kulturredaktoren und -redaktoren, Intendanten und Kulturarbeitende - und vielleicht nimmt ja sogar die Kultursekretärin einmal an einem die Kultur betreffenden Anlass teil?) jetzt: «I'd Hose!»

Gemeinsamer Wille

Was es braucht, ist ein runder Tisch zur Kulturstrategie. Was beim Thema Nachtleben fruchtbar ist, kann für die Kultur nicht verkehrt sein. Die Nachtleben-debatte wurde bis zum ersten runden Tisch als reine Sicherheitsdebatte geführt. Der gegenseitige Austausch unter Einbezug möglichst vieler Player hat dazu geführt, dass Verständnis für Haltungen entstanden ist, daraus richtige Gespräche und zuletzt der Wille, gemeinsam etwas entstehen zu lassen.

Es muss ein Austausch ohne Tabus sein. Es dürfen alle Themen eingeworfen, alle Fragen gestellt werden. Die zentrale Frage lautet: Welche Kultur will die Stadt Bern? Wo setzen wir Akzente und warum? Wo machen wir Abstriche und warum? Ist uns die Kultur in Zukunft mehr oder weniger wert und warum? Wie verteilen wir das Geld und warum? Also nicht nur fordern, auch begründen! Und dann darf man - mit Begründung - auch über die Kunsthalle diskutieren, aber nicht, ohne mit ihr zu diskutieren.

Der kulturelle Hoselupf muss vor der nächsten Abstimmung über Subventions- und Leistungsverträge erfolgen. Einen «Gestellen» dürfen wir uns nicht erlauben. Und am Ende sollten die Teilnehmenden sich das Sägemehl von der Schulter klopfen und «zäme eine ga ha». So geht Kultur!

Manuel C. Widmer, geboren 1968, ist Primarlehrer, DJ, Werber und seit 2009 Berner Stadtrat als Mitglied der Grünen Freien Liste.

Perspektiven Artur K. Vogel

Ägypten und die Macht des Faktischen



Des Berners liebste Ferien sind jene im Herbst, habe ich mir sagen lassen. Und eine besonders beliebte Destination, um den Sommer zu verlängern, war Ägypten. Das hat sich radikal geändert: 2010, kurz

vor dem «Arabischen Frühling», besuchten fast 15 Millionen Touristinnen und Touristen das Land am Nil und gaben rund 13 Milliarden Dollar aus. Das entsprach mehr als einem Zehntel des ägyptischen Bruttoinlandsprodukts. Im ersten Quartal 2011, als Hosni Mubarak gestürzt worden war, ging die Zahl um fast die Hälfte zurück. Dann zog der Tourismus wieder an, um nun - nach dem Militärputsch Anfang Juli und den vorangegangenen und darauf folgenden, äusserst heftigen Unruhen in Kairo und andern Grossstädten mit Hunderten von Toten - völlig einzubrechen.

EDA rät von Reisen ab

Zwar spürt man in den Ferienorten am Roten Meer von Unruhen bisher nichts. Aber verantwortungsvolle Eltern gingen mit Kindern trotzdem nicht dorthin in den Urlaub. Zumal das Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) «von Touristen- und anderen nicht dringenden Reisen» abrät, weil man befürchtet, «dass sich die Unruhen auf das ganze Land ausweiten».

Das hat Folgen: TUI Suisse, drittgrösster Reiseveranstalter, hat Ägypten vorerst bis Ende Oktober ganz aufgegeben. TUI rechnet aber damit, dass die gesamte Wintersaison zum Debakel wird, und bucht Ägypten-Reisende aktiv (und gratis) auf andere Destinationen um. Kreta, Mallorca, Türkei, Spanien, Dominikanische Republik.

Die zwei grössten Unternehmen, Kuoni und Hotelplan, wollen definitive Entscheidungen noch bis Ende September vertagen («Bund» von gestern). Aber auch sie werden vor der Macht des Faktischen kapitulieren, und die heisst nun einmal: Ägypten wird über längere Zeit unruhig bleiben. Das Hinauszögern unumgänglicher Massnahmen ist aus ökonomischer Sicht verständlich, nicht aber aus Sicht der Kunden: Wer seine Herbstferien erst in letzter Minute von Ägypten auf eine andere Destination umpolen will, riskiert, gar nicht mehr in die Ferien zu fahren, weil dann alles

ausgebucht ist. Kommt hinzu, dass die momentan leeren Hotels wohl gar nicht in der Lage wären, den Betrieb sofort wieder hochzufahren und im Oktober plötzlich wieder Gäste zu empfangen.

Nicht hilfreich für den Ägypten-Tourismus sind zudem die Nachrichten von Übergriffen radikaler Muslime auf die christliche Minderheit. Nicht hilfreich sind bekannt gewordene Entführungen mit Lösegelderpressung. Nicht hilfreich ist das Aufkommen von Stammesmilizen im Süden, welche stolz mit modernen Waffen aus den Nachbarländern Jemen und Libyen herumpfuchtelten.

Und definitiv nicht hilfreich ist, dass der Sinai zunehmend von Ablegern der al-Qaida und anderen extremistischen Gruppen terrorisiert wird. Die ägyptische Armee kontrolliert die Sinai-Halbinsel kaum noch; doch diese bildet das Hinterland des Roten Meers, weshalb auch die dortigen Badeorte nicht mehr bedingungslos als «sicher» betrachtet werden dürfen.

Gesellschaftlicher Schaden

Viel gravierender als für die europäischen Touristen, die Ausweichmöglichkeiten haben, um nochmals Sonne zu tanken, ist die Lage für die Ägypter selber: Der Fremdenverkehr ist, neben den Gebühren aus dem Suezkanal und dem Erdöl, der wichtigste Devisenbringer Ägyptens, einst die «Kornkammer Afrikas», heute einer der grössten Importeure von Weizen, brauchte dringend Geld, um im Ausland Getreide und Brennstoff zu beschaffen. Seine Bevölkerung, momentan rund 86 Millionen, wächst rasch und hat sich in den letzten 25 Jahren verdoppelt, in den letzten 40 Jahren verdreifacht.

Der Tourismus war ein stabilisierender Faktor in Ägyptens Gesellschaft: Hunderttausende vorwiegend junger Menschen fanden dort direkt oder indirekt Arbeit und (mindestens bescheidenes) Einkommen. Zudem eröffnete ihnen der Kontakt zu Ausländern (und Ausländerinnen) neue Perspektiven und den Zugang zu «westlichen» Ideen und Denkweisen.

Die aktuelle Krise im Fremdenverkehr könnte die ohnehin herrschenden Spannungen noch erhöhen und zudem als Motor für Massmigration wirken. Die alte Floskel von der «völkerverbindenden Wirkung» des Tourismus wird hier durch ihr Gegenteil bestätigt: Wenn die Touristen ausbleiben, könnte das Land sehr schnell grossen sozialen Schaden erleiden.

Anzeige

16.99
pro Packung

29.90
pro Flasche

ab Samstag, 07.09.
solange Vorrat reicht

2.99
pro Packung

1.49
pro Kilo

5.99
pro Stück

1.99
pro Packung

1.19
pro Packung

1.99
pro Packung

1.49
pro Packung

Einfach ALDI.

Bitte beachten Sie, dass die Spezialangebote nur in begrenzter Anzahl zur Verfügung stehen. Es kann deshalb vorkommen, dass einzelne Produkte aufgrund einer grossen Nachfrage schnell ausverkauft sind. Dafür bitten wir um Ihr Verständnis. Abgabe nur in Haushaltemengen. Alle Preise sind in der Währung CHF angegeben. Satz- und Druckfehler vorbehalten. © 2013 ALDI SUISSE AG